



I. Allgemeine Informationen: Lage der Europäischen Union

Am Mittwoch hat Kommissionspräsident Barroso in seiner jährlichen Rede zur Lage der Europäischen Union ein vorläufiges Resümee über die Finanz- und Wirtschaftskrise gezogen. Barroso gab sich in seiner Ansprache vor dem Europäischen Parlament optimistisch und sprach davon, dass man sich auf einem guten Weg befinde und man - trotz der Tatsache, dass weiterhin natürlich Vorsicht geboten sei - langsam Licht am Ende des Tunnels sehen könne. Er beschrieb ein Bild der aktuellen Situation in Europa, das die Realität nicht schönfärbte, aber eben auch nicht schlechter machte als sie tatsächlich ist.

Die finanzielle und wirtschaftliche Situation in einigen Mitgliedstaaten der EU ist weiterhin schlecht, aber es gibt in all diesen Ländern positive Nachrichten. In Griechenland steigen die Exporte, das Haushaltsdefizit sinkt und im öffentlichen Sektor wurden enorme Reformen durchgebracht, die die alten Strukturen aufgebrochen haben und in Zukunft zu einer effizienteren und günstigeren Verwaltung führen werden. Die Entwicklung in Portugal geht in

eine ähnliche Richtung und Irland kann bereits wieder eigene Staatsanleihen am Markt platzieren. Das erkennt man auch im Ausland. Die ausländischen Investitionen in den Euroraum nehmen wieder stetig zu. Erstmals seit sechs Quartalen verlässt der Euroraum die Rezession und schreibt wieder schwarze Entwicklungszahlen.

All dies sollte uns nicht zu Jubelschreien veranlassen, da auch weiterhin noch viel Arbeit vor uns liegt, aber es zeigt trotzdem, dass die Probleme erkannt wurden und der aktuelle Weg in die richtige Richtung geht. Zur generellen Weiterentwicklung und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Europa hat Barroso in meinen Augen außerdem zwei wesentliche Punkte angesprochen: Die Weiterentwicklung und Vertiefung des europäischen Binnenmarktes und die Freihandelsabkommen mit Drittstaaten wie den USA, Kanada und Japan. Nur so schaffen wir wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die allen europäischen Unternehmen zu Gute kommen.

II. Das EP hat u.a. folgendes beschlossen:

1. Forderung nach Abschaffung des Roamings

Am Donnerstag haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments ihre bisherige Position zum Roaming noch einmal verschärft und eine komplette Abschaffung für 2015 gefordert. Innerhalb eines europäischen Binnenmarktes sollten wir dafür sorgen, dass ein Telefongespräch mit dem Mobiltelefon von Vechta nach Groningen nicht mehr kostet als ein Gespräch von Flensburg nach München. Eine Analyse der Branche für elektronische Kommunikation hat ergeben, dass die europäischen Betreiber in vielen Fällen etwa 10%

ihrer Einnahmen alleine durch die Roamingkosten erzielen. Industrie und Verbraucher zahlen für Roaminganrufe im Durchschnitt das Doppelte des Preises, den die Betreiber auf dem Großhandelsmarkt dafür bezahlen müssen.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass auf dem Markt für Roaminggebühren kein echter Wettbewerb entsteht, der diese von alleine sinken ließe. Zu verlockend scheinen die Gewinne für die Betreiber zu sein. In so einem Fall muss ein europaweit einheitliches Eingreifen Rahmenbedingungen schaffen, die einen solchen Wettbewerb erzeugen. Der europäische Binnenmarkt muss auch im Bereich

mobiler Kommunikation sein volles Potential ausschöpfen, um weltweit konkurrenzfähig sein zu können. Zu Beginn der Verbreitung von Mobiltelefonen waren Nokia, Siemens und weitere europäische Hersteller weltweit führend. Heute dominieren mit Apple und Samsung zwei nichteuropäische Hersteller den Markt. Ein Ausbau der europäischen Netze als ein einheitliches sollte unser Ziel sein, damit europäische Unternehmen in diesem Wirtschaftsbereich wieder weltweit führend sein können. Dazu zählt auch die Abschaffung der Roaminggebühren.

2. Grünes Licht für einheitliche Bankenaufsicht

Am Donnerstag haben die Abgeordneten der einheitlichen europäischen Bankenaufsicht zugestimmt, die ungefähr 150 der größten Banken der EU ab September 2014 unter direkte Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) stellen wird. Das Parlament hat die Transparenz und Rechenschaftspflicht des Systems verstärkt und die Europäische Bankenaufsichtsbehörde beauftragt, Aufsichtspraktiken zu entwickeln, die die nationalen Aufsichtsbehörden anwenden sollten. Das System, das verpflichtend für alle Mitglieder der Eurozone ist, wird allen anderen EU-Ländern offen stehen.

Obwohl sich das Parlament bereits im April mit den Mitgliedstaaten über das System geeinigt hatte, mussten noch die Regeln zur Transparenz und Rechenschaftspflicht der

Aufsichtstätigkeit der EZB im Detail festlegen. Das neue Aufsichtssystem beinhaltet die Übertragung umfassender Aufsichtsbefugnisse von nationaler auf EU-Ebene. Das EP hatte darauf bestanden, dass diese Übertragung von Befugnissen auch eine entsprechende demokratische Kontrolle des neuen Bankenaufsehers notwendig macht.

Nach den vereinbarten Vorschriften und des sie begleitenden interinstitutionellen Abkommens zwischen dem Parlament und der EZB wird das Parlament weitreichenden Zugang zu Informationen haben.

3. Marktmanipulation wird strenger geahndet

Insiderhandel und Marktmissbrauch sollen in der EU künftig strenger geahndet werden – ganz gleich um welche Finanzprodukte und Handelsplattformen es sich handelt. Auch der Emissionshandel ist erfasst. Das Europäische Parlament verabschiedete am Dienstag einen vor der Sommerpause mit den Mitgliedstaaten ausgehandelten Gesetzestext.

Auch die Manipulation von Zinsindizes wie Libor und Euribor oder von Referenzwerten etwa für Fremdwährungstransaktionen wird mit der neuen Verordnung ausdrücklich unter Strafe gestellt. Damit reagiert die EU auf den im vergangenen Jahr aufgefliegenen Skandal um die Manipulation des Interbankenindex Libor, in den international tätige Banken verwickelt waren.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Reform der Biokraftstoffförderung
- Energiebinnenmarkt
- Lage in Syrien
- Lage in Ägypten
- Strategie für Verkehrstechnologie für die künftige Mobilität Europas

Herzlichst Ihr



Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, MdEP

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/introduction/home.do?language=DE>.

Europäisches Parlament:

Büro ASP 15 E 154
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284-7994
Fax: 0032-2-284-99 94

E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.europa-mayer.de>

Europabüro:

Große Strasse 90
49377 Vechta
Tel.: 044 41/90 99 09
Fax: 044 41/90 99 10

E-Mail: info@europa-mayer.de



EVP-Fraktion